

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Haushaltsausschuss

2004/2237(INI)

15.6.2005

STELLUNGNAHME

des Haushaltsausschusses

für den Ausschuss für Kultur und Bildung

zu Optionen zur Weiterentwicklung des Schulsystems der Europäischen
Schulen
(2004/2237(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Herbert Bösch

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Haushaltsausschuss ersucht den federführenden Ausschuss für Kultur und Bildung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

Vorschlag 1
Bezugsvermerk 3 a (neu)

- ***in Kenntnis des Jahresberichts des Generalsekretärs des Obersten Rats der Europäischen Schulen vom 1./2. Februar 2005,¹***

Vorschlag 2
Erwägung E

- E. in der Erwägung, dass die Europäische Gemeinschaft zwar zu mehr als der Hälfte zu den operativen Kosten der Europäischen Schulen beiträgt, die Europäische Kommission allerdings als einzige europäische Institution im Obersten Rat der Europäischen Schulen vertreten ist ***und die Haushaltsbehörde der Gemeinschaften somit nicht angemessen am Entscheidungsprozess beteiligt ist,***

Vorschlag 3
Ziffer 1 a (neu)

- 1a. ist der Ansicht, dass unverzüglich eine Lösung für alle Arbeitsorte dezentralisierter Einrichtungen gefunden werden muss;***

Vorschlag 4
Ziffer 1 b (neu)

- 1b. ist der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten, in denen eine der neuen dezentralisierten Einrichtungen ihren Sitz hat, mehr finanzielle Verantwortung für die Kinder des Personals übernehmen und dass geeignete Lösungen für alle neuen Arbeitsorte gefunden werden müssen;***

Vorschlag 5
Ziffer 1 c (neu)

- 1c. bedauert es, dass eine solche Lösung nicht bereits zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Arbeitsorte dieser Einrichtungen gefunden wurde, wobei die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) in Parma eine Ausnahme bildet;***

Vorschlag 6
Ziffer 1 d (neu)

¹ Dokument 1612-D-2004-en-1; http://www.eursec.org/SE/htmlEn/IndexEn_home.html

1d. ist der Ansicht, dass in diesen Fällen die Zusammenarbeit zwischen Europäischen Schulen und regionalen oder lokalen Schulen vor Ort, die zu einem Europäischen Abitur führen könnte, eine praktikable Lösung ist und auf die Qualität der Ausbildung, die europäische Integration, die Sprachenvielfalt und auch die Mobilität der Arbeitskräfte ausgerichtet sein sollte;

Vorschlag 7
Ziffer 3

3. ist der Auffassung, dass der Ausgleichszuschuss der Gemeinschaften nicht zu einer nach oben offenen Verpflichtung werden darf; **begrüßt deshalb den Vorschlag der Kommission, eine Obergrenze für den Beitrag der Gemeinschaften zum Haushalt der Europäischen Schulen festzulegen, bevor der Oberste Rat seinen Haushaltsvoranschlag der Schulen für das folgende Haushaltsjahr vorgelegt hat, da so Anreize für eine bessere Bewirtschaftung der Ressourcen, eine Steigerung der Einnahmen und Kosteneinsparungen ohne Qualitätseinbußen bei den erbrachten Leistungen geschaffen werden;**

Vorschlag 8
Ziffer 4

4. unterstreicht jedoch, dass die Art des Gemeinschaftsbeitrags zu den Haushalten der Schulen in Artikel 25 Absatz 2 der Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen eindeutig festgelegt ist; **(Streichung)**

Vorschlag 9
Ziffer 5

5. ist der Auffassung, dass das derzeitige System, wonach die Mitgliedstaaten Lehrer zu den Europäischen Schulen abordnen, nicht gerecht ist, da Mitgliedstaaten, die Lehrer abstellen, die in einer häufig gesprochenen Sprache unterrichten (z.B. das Vereinigte Königreich, die Republik Irland **mit 308 und Deutschland und Österreich mit 239 von 1.390 abgeordneten Lehrern¹⁾**), eine unverhältnismäßig hohe finanzielle Belastung tragen müssen, **und dass auch bei der Einstellung von Lehrern eine stärkere Autonomie der Europäischen Schulen erforderlich ist, was die Verantwortung der Europäischen Schulen erweitern und zu einem effizienteren System führen würde;**

Vorschlag 10
Ziffer 10

10. fordert die Kommission auf, so bald wie möglich die externe Studie zu veröffentlichen, die sie zur Prüfung der langfristigen Zukunft der vier Schulen (in Bergen, Culham, Karlsruhe und Mol) hat durchführen lassen, deren Fortbestand unter Bezugnahme auf das Erfordernis, für die Kinder der Beamten der europäischen Institutionen muttersprachlichen Unterricht anzubieten, nicht weiter gerechtfertigt werden kann; **um eine langfristige Planung zu ermöglichen, müssen allerdings klare, detaillierte und**

¹ Quelle: Dokument 1612-D-2004-en-1; http://www.eursc.org/SE/htmlEn/IndexEn_home.html, Seite 19

öffentlich zugängliche Kriterien für die Einrichtung und Schließung von Sprachsektionen oder auch Europäischen Schulen angewandt werden;

Vorschlag 11
Ziffer 13

13. verweist darauf, dass die Gemeinschaft derzeit einen Ausgleichsbeitrag entrichtet, der ca. 57 % der jährlichen Kosten des Systems der Europäischen Schulen entspricht, ***während sich der Beitrag der Mitgliedstaaten auf 22% beläuft; ist deshalb der Ansicht, dass die Europäische Kommission als Vertreterin der Gemeinschaften im Obersten Rat über einen entsprechenden Anteil an Stimmrechten verfügen müsste;***

Vorschlag 12
Ziffer 14

Entfällt

Vorschlag 13
Ziffer 17

17. ***stellt fest, dass der Oberste Rat im September 2004 eine Reihe neuer Regelungen angenommen hat, die eine Verringerung der Anzahl der Teilnehmer an Sitzungen des Obersten Rats bewirken;*** fordert eine angemessene Vertretung von Eltern und anderen Akteuren, z.B. Lehrkräften und Schülern, sowohl im Obersten Rat als auch in den Verwaltungsräten der einzelnen Schulen, ***um ihre Entscheidungen transparenter zu machen;***

VERFAHREN

Titel	zu Optionen zur Weiterentwicklung des Schulsystems der Europäischen Schulen
Verfahrensnummer	2004/2237(INI)
Federführender Ausschuss	CULT
Mitberatender Ausschuss Datum der Bekanntgabe im Plenum	BUDG 12.05.2005
Verstärkte Zusammenarbeit	nein
Verfasser der Stellungnahme Datum der Benennung	Herbert Bösch 20.4.2005
Prüfung im Ausschuss	23.5.2005 15.6.2005
Datum der Annahme der Vorschläge	15.6.2005
Ergebnis der Schlussabstimmung	Ja-Stimmen: 22 Nein-Stimmen: Enthaltungen:
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Laima Liucija Andrikiienė, Simon Busuttil, Gérard Deprez, Valdis Dombrovskis, Brigitte Douay, Bárbara Dührkop Dührkop, Salvador Garriga Polledo, Ingeborg Gräßle, Louis Grech, Nathalie Griesbeck, Catherine Guy-Quint, Jutta D. Haug, Anne Elisabet Jensen, Sergej Kozlík, Janusz Lewandowski, Vladimír Maňka, Jan Mulder, Giovanni Pittella, Nina Škottová, Helga Trüpel, Ralf Walter
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Kathalijne Maria Buitenweg
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	